

und der jungen Erwachsenen dieser Gruppe gibt es ein großes Potential an Bildungsfähigkeit. Dieses Potential muss aus Verantwortung gegenüber dem Einzelnen, aber auch im Interesse unserer Gesellschaft entwickelt werden. Dazu ist ein Netzwerk nachholender Weiterbildung notwendig, das mit betriebsnaher Ausbildung vernetzt ist. Das ist der geeignete Weg. Dabei stellen sich besonders pädagogisch anspruchsvolle Aufgaben.

Aus unserer Sicht ist eine kontinuierliche Erwachsenenbildung auch zur Absicherung der Funktionsfähigkeit der freiheitlich demokratischen Gesellschaft wichtig, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeit demokratischer Teilhabe. Es geht deshalb nicht nur um die berufsbegleitende Weiterbildung, sondern auch um die allgemeine und die politische Bildung. Weiterbildung kann aber nur erfolgreich sein, wenn es auf ein aktives Mitwirken der Betroffenen stößt. In der Einschätzung der Situation sind wir in diesem Hohen Hause sicher alle einig. Wie so oft, und das habe ich vorher schon gesagt, unterscheiden uns aber die Wege. Wir erachten den Weg, die Betriebe zu einer bezahlten Bildungsfreistellung zu verpflichten als in dieser Situation nicht für geeignet. In diesen schwierigen Zeiten haben die Betriebe wirklich Probleme. Ich bin der festen Überzeugung, jede Firma hat ein eigenes Interesse daran, ihre Mitarbeiter, wenn möglich, kontinuierlich weiterzubilden. Arbeitgebern nützt der Antrag, so haben Sie gesagt, Frau Pranghofer. Ich weiß nicht, ob es den Arbeitgebern nützt, wenn ihnen die Freistellung verpflichtend vorgeschrieben wird. Ich denke, wir brauchen kreative, neue Wege. Wir sollten beispielsweise einmal darüber nachdenken, ob man im Rahmen von Tarifvereinbarungen Lernzeitkonten einrichten kann oder, ob man freiwillige Zusatzversicherungen einführen will oder Bildungsgutscheine. Diese Dinge sollte man in die Überlegungen einbeziehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bitte denken Sie an die Zeit.

Brigitte Meyer (FDP): - Ich bin gleich fertig. Man sollte auch über einen sozialverträglichen Eigenanteil bei den Kosten und über nachträglich zu tilgende Bildungsdarlehen nachdenken. Wie gesagt, die Wege trennen uns. Wir halten den Weg des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft nicht für den richtigen Weg. Wir von der FDP werden den Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Herr Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Kollegin, Sie beklagen die schlimme Situation für die Wirtschaft. Ist Ihnen dabei entgangen, dass die noch viel schlimmere Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darin besteht, dass ihre Existenzen gefährdeter sind als die Wirtschaft. Die Existenz hängt in erster Linie von der Bildung ab. Auf der einen Seite behaupten Sie, der Staat sei für Bildung zuständig, auf der anderen Seite verweigern Sie die Bildung für Erwachsene. Das müssen Sie mir näher erklären.

Brigitte Meyer (FDP): Ich sehe sowohl die Probleme der Arbeitnehmer als auch die Probleme der kleinen Firmen. Das darf man nicht außer Acht lassen. Aus diesem Grund müssen wir nach Möglichkeiten suchen, neue kreative Wege zu gehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Votum des Ausschusses dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler.

(Zwischenruf von der SPD: Das ist die Mehrheit!)

Wer den Antrag ablehnen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Das ist eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Beruhigung der Gegner: Wir haben vorher richtig durchgezählt, da wir einen Einwand von Ihnen erwartet haben.

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 5 auf: Offen ist hier noch der in der Anlage zur Tagesordnungspunkt als Nummer 6 aufgeführte Antrag, zu dem Einzelberatung beantragt worden ist. Es handelt sich um den

**Antrag der Abgeordneten
Tobias Thalhammer, Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann u. a. (FDP),
Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume, Albert Füracker u. a. (CSU)
Aufhebung des Moratoriums über das Endlager
Gorleben (Drs. 16/1628)**

Als ersten Redner rufe ich den Kollegen Thalhammer auf. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem vorliegenden Antrag über die Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben geht es nicht um die Frage, ob man für oder gegen die Kernenergie ist. Ebenfalls geht es nicht um die Frage der unakzeptablen Vorgänge in der Asse. Außerdem geht es nicht um die Frage der Sicherheit unserer Kernkraftwerke. Es geht um die wichtige Frage, wie wir mit dem Müll aus der Kernenergie weiter verfahren. Den Müll haben wir seit Jahren angehäuft. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass wir uns dieser Thematik und dieser Herausforderung nun endlich annehmen.

Damals wurde unter Rot-Grün ein Beschluss über das Moratorium gefasst. Das bedeutet, dass man die Forschung für die Endlagerung einfach auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. In der Großen Koalition konnten wir bei diesem Punkt ebenfalls nicht weiterkommen. Nun soll ein entsprechender Impuls aus Bayern dafür sorgen, dass wir uns dieser entscheidenden und wichtigen Frage widmen werden. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Ich bin der Meinung, jede Generation ist für den Abfall, den sie selbst verursacht hat, in gewisser Weise verantwortlich. Wir benötigen eine möglichst zeitnahe Lösung. Deswegen ist es von Vorteil, in Bezug auf Gorleben ergebnisoffen weiterzuforschen. Für die Forschung sind bereits sehr viele Jahre investiert worden, sodass hier ein jahrzehntelanger Vorsprung besteht.

Ein weiterer Standortvergleich würde weitere Kosten für den Steuerzahler bedeuten. Ich plädiere dafür, dass wir fraktionsübergreifend eine Lösung suchen und einen Appell nach draußen senden. Vor der Frage der Endlagerung unseres Mülls aus Atomkraftwerken dürfen wir nicht weiter davonlaufen. Wir müssen bewusst hier und da unpopuläre Entscheidungen treffen. Wir wollen das Problem jetzt lösen und nicht unbestimmt auf den Sankt-Nimmerleins-Tag und auf nachfolgende Generationen schieben. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Thalhammer, ich stimme Ihnen in einem Punkt zu. Wir wollen uns vor diesem Thema nicht drücken. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag heute ins Plenum hochgezogen haben. Das Thema ist uns zu wichtig, um in der Masse von Anträgen unterzugehen. In diesem Punkt sind wir sicher einer Meinung. Einige Punkte dieses Antrags erstaunen mich. In dieser Debatte geht es

um ein sehr komplexes Thema. Ein Thema, das nicht nur in Deutschland diskutiert wird, sondern seit Jahrzehnten auf der ganzen Welt. Welche ist die bestmögliche Endlagerstätte? Der Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP versucht, mithilfe eines einfachen Antrags das Problem einfach zu lösen, obwohl man es gar nicht einfach lösen kann. Der Antrag zielt auf die Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben ab. Hierzu muss offen gesagt werden, dass es sich dabei um das Verstecken des Problems handelt. Das muss man ganz offen sagen. Der Antrag ist ein Schritt zu einer zügigen - da gebe ich Ihnen recht -, aber höchstwahrscheinlich unsicheren Endlagerlösung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drei Punkte sind mir in der Debatte des Umweltausschusses und in der heutigen Diskussion aufgefallen. Der erste Punkt betrifft die Überschrift Ihres Antrages. Die Überschrift benennt das Endlager Gorleben. Gorleben ist nach wie vor ein Erkundungsbergwerk. Gorleben ist kein Endlager. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie begreifen das endlich. Gorleben ist kein Endlager, sondern ein Erkundungsbergwerk.

Die Debatte über die Endlagerung des Atommülls in Deutschland wird seit 1973 geführt. Damals hat die Bundesregierung die Firma KEWK damit beauftragt, nach möglichen Standorten zu suchen. Dabei kamen drei Standorte in die engere Wahl. Erstaunlicherweise war Gorleben damals nicht dabei. In den Debatten der Jahre 1976 und 1977 wurde faktisch über Nacht der Standort Gorleben als möglicher Standort für die ersten Erkundungen aus dem Hut gezaubert. Ein Rückblick in der Geschichte zeigt, dass in Brokdorf in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Kernkraft bürgerkriegsähnliche Zustände existierten. Damals war die Entscheidung für den Standort Gorleben ein ganz anderer. Damals war Gorleben zu zwei Drittel von der innerdeutschen Grenze mit Stacheldraht umgeben gewesen. Gorleben gehörte zu dem Landkreis, der zu dieser Zeit am dünnsten in ganz Deutschland besiedelt war. Deshalb ist die Entscheidung mit Sicherheit aus diesen Gründen auf Gorleben gefallen.

Vor Kurzem ist bekannt gegeben worden, dass der Salzstock eine Reihe von Mängeln aufweist. Die Gutachten wurden schöngeschrieben und teilweise manipuliert. Eine ganze Reihe kritischer Gutachten sind ignoriert worden.

Erstaunlich ist auch, dass Ihr Antrag gar nicht auf die internationale Debatte eingeht. Vor allem unsere europäischen Nachbarn diskutieren über andere Gesteinsformen wie Ton und Granit. Dort geht es gar nicht mehr um Salz. Mit Gorleben würde man sich klipp und klar

auf ein Salzbergwerk als besten Standort für die Endlagerung festlegen.

Ich möchte mich nun zu Ihren moralischen Anmerkungen, die auch im Antrag angedeutet worden sind, äußern. Sicher klingt es schön - das ist auch schon im Umweltausschuss gesagt worden -, dass jede Generation für ihren eigenen Müll verantwortlich ist. Obwohl dieser Satz sehr schön klingt, benötigt er eine Reihe von Klarstellungen. Diese Generation ist nicht für den Atommüll verantwortlich. Verantwortlich ist die Generation um Franz Josef Strauß, um Helmut Schmidt und um Helmut Kohl. Diese Generation sind verantwortlich für den Atommüll. Diese Generation hat in den 70er-Jahren mit dem massiven Ausbau der Kernkraft angefangen. Diese Generation hat sich einfach aus der Verantwortung gestohlen. Das Desaster, das diese Politik und die Wissenschaft in Asse angerichtet hat, ist erstaunlich. Sie haben selbst gesagt, dass Sie dieses Vorgehen nicht schönreden möchten. Eigentlich müsste die weitergehende Frage gestellt werden: Warum läuft der ehemalige Asse-Chef, Professor Dr. Klaus Kühn, unbehelligt weiter durch das Land, ohne Strafverfahren und ohne Schadensersatzforderungen? Wieso ist das so?

(Markus Blume (CSU): Zum Thema!)

Ihr Antrag möchte eine zeitnahe und kostengünstige Lösung. So ist das immer wieder im Umweltausschuss berichtet worden. Das haben Sie gerade selber gesagt. Für uns hat die sicherste Lösung die höchste Priorität, nicht die kostengünstigste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen gerne für eine ehrliche Debatte über ein möglichst sicheres Endlager zur Verfügung. Der Antrag verkürzt jedoch die Debatte und ist populistisch. Da der Antrag nur auf die Endlagerung in Gorleben setzt, ist er gefährlich. Das kann nicht die Lösung sein. Es muss um die sicherste Lösung gehen. Es kann nicht die billigste und politisch am schnellsten durchsetzbare Lösung sein. Sonst wäre es die Debatte wirklich nicht wert.

Wir sagen deswegen ganz klar Nein zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: der Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wusste gar nicht, Herr Kollege Hartmann, dass Sie als Verschwörungstheoretiker unterwegs sind. Obwohl wir die Dinge im Umweltausschuss schon öfter diskutiert haben, entwickeln Sie immer wieder einen besonderen Ehrgeiz, Dinge zu the-

matisieren und zu skandalisieren, die sich einfach nicht skandalisieren lassen. Wie Kollege Thalhammer schon ausgeführt hat, geht es hier um einen Vorgang, bei dem ein Problem gelöst werden muss, das uns schon seit Langem beschäftigt und schon längst gelöst sein könnte.

Ich schicke vorweg, dass heute ein guter Tag in der Atommüllendlagerdebatte ist, nicht nur weil wir nachher unseren Antrag beschließen werden, sondern weil der Umbau von Schacht Konrad heute endgültig auf den Weg gebracht wurde, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Klage nicht angenommen hat. Dies ist auch für die heutige Debatte, wie ich meine, ein gutes und wichtiges Signal, weil damit zumindest der schwach- und mittelradioaktive Atommüll einer Lösung zugeführt wurde.

Aus den Leitsätzen der heutigen Entscheidung möchte ich Ihnen einen mitgeben, Herr Hartmann. Sie sagen ja: Wir brauchen eine Lösung, die die größtmögliche Sicherheit bietet. Ich frage Sie, wo Sie diese Lösung finden wollen. Diese Lösung wird es wahrscheinlich gar nicht geben. Das Verfassungsgericht hat gesagt, dass insbesondere die Hinnahme eines nach den Maßstäben praktischer Vernunft nicht mehr in Rechnung zu stellendem Restrisikos auch mit den Grundrechten vereinbar ist.

Diese Maßstäbe praktischer Vernunft täten in der Atommüllendlagerdebatte tatsächlich gut. Denn es gibt in der Debatte keine neuen Erkenntnisse. Die Zweifelsfragen, die der Grund waren, warum man das Moratorium überhaupt auf den Weg gebracht hat, sind ausgeräumt, und zwar seit 2005 durch den veröffentlichten Synthesebericht des Bundesamts für Strahlenschutz.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann?

Markus Blume (CSU): - Das kann man hinterher klären.

Umgekehrt, Herr Kollege Hartmann, gibt es auch eine Verpflichtung zur Fortsetzung der Erkundungen. Dieser Frage müssen Sie sich stellen. Das ist im Atomgesetz verankert.

Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass "Moratorium" nicht Abbruch der Erkundungen bedeutet, sondern es hier um eine Unterbrechung geht. Für die Unterbrechung war von vornherein ein Zeitraum von maximal zehn Jahren vorgesehen.

Seitdem die Zweifel ausgeräumt sind, gibt es überhaupt keinen Grund mehr, die Unterbrechung weiterhin auf-

rechtzuerhalten, sondern man sollte endlich mit den Erkundungen fortfahren.

Schließlich - damit knüpfe ich an Herrn Kollegen Thahammer an - gibt es in der Tat auch eine moralische Verpflichtung, dieses Problem in unserer Generation zu lösen. Genau dieses Ziel verfolgt der Antrag, den Sie vorliegen haben, nämlich zur Sicherheit künftiger Generationen die Tiefenerkundungen in Gorleben zum Abschluss zu bringen, also in unserer Generation.

An die Opposition gerichtet, insbesondere an Sie, Herr Hartmann, sage ich: Dass Sie in der Vergangenheit alles darangesetzt haben, die Endlagersuche ad infinitum zu verschieben, hatte nur ein Ziel, nämlich die Endlagerfrage offenzuhalten. Denn Sie haben Sorge, dass die Atomenergie, wenn die Endlagerfrage gelöst ist, möglicherweise ein Revival erlebt. Das ist das, was Sie bewegt. Aber das müssen Sie den Menschen sagen. Sie instrumentalisieren die Frage und wollen das Ganze auf dem Rücken der künftigen Generationen austragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es war in diesem Zusammenhang fahrlässig, dass die 1983 begonnene Tiefenerkundung in Gorleben unter Rot-Grün wider besseres Wissen gestoppt wurde. Denn ohne das Moratorium wären die Erkundungen heute längst abgeschlossen. Wir müssten diesen Antrag dann nicht debattieren und wüssten, dass Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet ist.

Insofern - da bin ich wieder bei der praktischen Vernunft, von der auch das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat - sehe ich es als ein Gebot der praktischen Vernunft an, dass Sie unserem Antrag zustimmen und die schnellstmögliche Aufhebung des Moratoriums damit auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, bleiben'S bitte schön da. Ich erteile Herrn Kollegen Hartmann zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Verehrter Herr Kollege Blume, ich will wissen, ob Ihnen bewusst ist, dass es in den letzten zehn Jahren wegen Gorleben nicht nur ein Moratorium, sondern auch den AK-End, den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandort, gegeben hat. Der hat sich jahrelang mit der Problematik, die Sie angesprochen haben, befasst. In dieser Gruppe befanden sich die Befürworter der Kernkraft, die Gegner, die Befürworter von Gorleben, die Gegner von Gorleben. Selbst der Bayerische Landtag war an dem Diskussionsprozess beteiligt. Das Ergebnis war: Man braucht

ein offenes, standortunabhängiges und transparentes Standortverfahren.

Wir haben uns nicht davor gedrückt. Im letzten Jahr der rot-grünen Regierung wurde der Vorschlag in ein Gesetz gegossen, das wegen der vorgezogenen Bundestagswahl leider nicht umgesetzt worden ist.

Danach waren Sie mit in der Regierung. Da haben Sie sich davor gedrückt. Sie haben sich nicht getraut, das Verfahren fortzusetzen und den Prozess in ein Gesetz zu gießen und dann weiterzumachen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Ich bin schon erstaunt, dass man auf eine Technik setzt, von der man selber zugibt, dass es für den Müll keine sichere Endlagerung gibt. Dann muss man aus dieser Technik sofort aussteigen. Sie erzählen den Leuten: Den Müll wird man nie sicher endlagern können. Gefahren wie bei Asse können immer auftreten. Es ist absurd, dass Sie auf eine solche Technik setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege Hartmann, ich glaube, Sie haben da etwas verwechselt. Dass es zu dem Moratorium gekommen ist, beruhte auf methodischen Zweifeln. Diese sind seit 2005 ausgeräumt. Da ging es nicht um die Frage, ob die Standortdebatte noch einmal eröffnet werden müsste.

Es ist falsch, wenn Sie hier behaupten - das haben Sie wörtlich gesagt -, Gorleben sei aus dem Hut gezaubert worden. Gorleben ist nicht aus dem Hut gezaubert worden, sondern aus einem Verfahren hervorgegangen,

(Zurufe von den GRÜNEN)

- da hilft auch Schreien nicht -, in dem hundert Standorte untersucht worden sind. Es ist natürlich geboten - damit bin ich noch einmal bei der praktischen Vernunft -, dass man

(Zurufe)

- ich habe auch ein bisschen Physik studiert - nicht 140 Standorte erkunden kann, sondern dass man das nur bei einem Standort macht. Da wir diese Erkundungen nicht bis zu Ende durchgeführt haben, können wir - der Antrag hat nichts anderes zum Ziel, als dies auf den Weg zu bringen - nicht wissen, ob Gorleben geeignet ist. Diese Zusammenhänge müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Wenn Sie es ernst meinen, müssten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Blume, Sie begeben sich mit Ihrer Argumentation auf ein gefährliches Eis. Wenn Sie den GRÜNEN unterstellen, dass sie Gorleben verhindern wollen, um den Ausstieg zu erzwingen, während Sie den Antrag stellen, dass die Erkundungen bei Gorleben sein müssen, dann könnte man Ihnen unterstellen, Sie wollen das Endlager erzwingen, um die Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Das ist eine Gefahr. Dazu müssen Sie in der Konsequenz stehen. - Das war Punkt eins.

Punkt zwei. Wer weiß, wie sich die Geschichte mit Gorleben entwickelt hat, weiß auch, dass die Kriterien der Untersuchung auf Gorleben abgestellt worden sind. Die Kriterien wurden so zusammengestellt, dass sie auf Gorleben passen. Es war nicht umgekehrt. Bei so einem Verfahren müsste man eigentlich so vorgehen, dass man erst die Kriterien definiert und diese dann an den Standort anlegt, um zu fragen, ob der Standort passt oder nicht. Damit hängt ja auch das Moratorium zusammen.

Sie haben gesagt, die Probleme, die Sie dargestellt haben, seien ausgeräumt. Aber die sind bei Weitem nicht ausgeräumt. Das wissen Sie auch. Vor dem Verwaltungsgericht wurde ein Prozess allein bei der Grenzziehung der Erkundung - -

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blume?

Ludwig Wörner (SPD): Die Frage kann er gern am Ende stellen. Jetzt will ich erst meinen Gedanken weiterspinnen.

Wir werden wie bisher dem Antrag nicht zustimmen können, weil sein Anliegen uns zu unsicher ist. Wenn Sie das juristisch definierte gewisse Restrisiko verantworten können, dann mögen Sie das mit sich selber ausmachen. Wir können es in dieser Form nicht verantworten, weil es bei Atomanlagen nicht um ein bisschen Restrisiko, sondern letztlich um die Gesundheit von Menschen mit Blick für die nächsten Jahrtausende geht. Hier geht es nicht um einen kleinen Autounfall. Sie tun gerade so, wie es leider auch manche Juristen tun, als handle es sich hier nur um eine Kleinigkeit; wenn etwas schiefgeht, dann hat man halt Pech gehabt; oder es kann ja die nächste Generation sein, der so etwas passiert.

Wir hätten es gern, wenn anhand der Kriterien ermittelt wird, welcher Standort richtig ist. Es dürfen nicht die Kriterien dem Standort angepasst werden. Ich will nur

deutlich machen und es erläutern, warum man dagegenhalten muss.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Wer Laufzeitverlängerung fordert, wie es Bayern und Baden-Württemberg tun, gehört zu den atomaren Schmuddelkindern, und der sollte auch einmal selber überlegen, wo das Zeug hin soll. Das Verursacherprinzip wäre in diesem Zusammenhang sicherlich eine ganz interessante Frage und es wäre spannend zu sehen, wie Sie darauf reagieren würden, wenn man dieses Thema einmal so anginge zu sagen, jeder darf seinen Dreck selbst entsorgen. Da müsste man sich dann ernsthaft etwas überlegen und Sie würden mit der Thematik nicht so locker umgehen, wie Sie es jetzt tun, wo es eine gewisse Entfernung zu dieser Frage gibt.

Wir meinen, für Gorleben ist noch nicht bewiesen und wird auch unter den zugrunde liegenden Kriterien nicht zu beweisen sein, dass es ein sicherer Standort ist.

(Zurufe von der CSU)

Wir fordern Sie deshalb auf, zunächst die Kriterien für einen sicheren Standort zu entwickeln und danach erst die Standortfrage zu definieren und nicht umgekehrt, wie Sie das dauernd versuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre der richtige Weg, gerade bei einer so brisanten, weit in die Zukunft weisenden Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Kollege Wörner, bleiben Sie noch einen Moment. Der Kollege Blume hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Markus Blume (CSU): Das ist hoffnungslos!

(Heiterkeit - Harald Güller (SPD): Dass Ihre Zwischenbemerkungen hoffnungslos sind, wissen wir!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Meinen Sie die Zwischenbemerkung oder was?

(Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Jedenfalls rufe ich jetzt den nächsten Redner auf. Das ist der Kollege Hanisch.

Joachim Hanisch (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Thalhammer - er ist leider nicht mehr da - hat vorhin die Frage aufgeworfen: Wohin mit dem Müll? Es ist eine berechnete Frage, aber wir Freien Wähler haben ein etwas anderes Verständ-

nis bezüglich der atomaren Abfallentsorgung. Der Unterschied zwischen der Atomindustrie und dem Erbauer eines Einfamilienhäuschens ist ein gewaltiger. Die Atomindustrie hat ihre Genehmigungen bekommen, obwohl sie nicht nachweisen konnte, wohin sie ihren Abfall verbringen würde, während jeder Einfamilienhäuslebauer dann, wenn er nicht nachweisen kann, wohin sein Müll kommen soll, keine Baugenehmigung bekommt. Das betrachten wir schon als etwas unfair. Und anders bräuchten wir uns die Frage nach dem Wohin mit dem Müll gar nicht zu stellen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, ich war selber einmal in Gorleben und habe mir das Ganze dort angeschaut. In Gorleben sind Millionen von Euro verbaut worden. Das spricht einerseits dafür, diese Untersuchungen weiterzuführen, um endlich zu einem Ergebnis zu kommen; wenn man das nicht täte, hätte man die Millionen umsonst ausgegeben.

Andererseits haben wir die Situation, dass in Deutschland bisher ein Verfahren angewandt wurde, das wir nicht akzeptieren können. Man kann nicht einfach sagen, wir entscheiden uns für Gorleben und dann untersuchen wir Gorleben so lange, bis es passt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau!)

Der richtige Weg wäre gewesen, mehrere Standorte auszuwählen, Wissenschaftler ranzulassen und die fünf besten Standorte untersuchen zu lassen, um dann die politische Entscheidung zu treffen und sich für einen dieser Standorte auszusprechen.

Nachdem das nicht geschehen ist und die Situation, was Gorleben angeht, in unseren Augen auch nicht schlüssig ist, werden wir uns diesmal der Stimme enthalten.

(Zurufe von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Ich erteile nun das Wort der Frau Staatssekretärin Huml.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bayerische Staatsregierung unterstützt den Antrag voll und ganz, weil wir der Meinung sind, dass die Endlagerfrage geklärt werden muss, und zwar jetzt und unabhängig von der Diskussion um eine Laufzeitverlängerung.

(Zuruf von der CSU: Gute Idee!)

Man muss auch sagen, dass der Inhalt des Antrags in den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung bereits aufgenommen ist mit der unverzüglichen Aufhebung des Moratoriums, der Fortsetzung der ergebnisoffenen Erkundung, der begleitenden Überprüfung durch ein internationales Expertengremium - hier geht es also auch um die Sicherheit, ob das Lager den internationalen Standards genügt - und um Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.

Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, wie es in Bayern aussieht. Auch die Situation in Bayern wurde durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe wissenschaftlich geprüft. Man kann aus dieser Studie erkennen, dass in Bayern die Salzvorkommen viel zu dünn sind, dass das Granitvorkommen zu zerklüftet ist und dass auch die Tonschicht nicht dick genug ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Und was ist mit Tschechien?)

Ich erinnere nur daran, dass es bei uns 100 m sind im Vergleich zu Niedersachsen mit gut 1.000 m. Da kann man nur sagen, dass die Voraussetzungen für ein bestgeeignetes Endlager in Bayern nicht gegeben sind. Danke sehr.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor ich zur Abstimmung komme, gebe ich noch das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen betreffend den Buß- und Bettag bekannt.

(Zurufe)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Angelika Weikert u. a. und Fraktion, betreffend "Staatsregierung beim Wort nehmen - Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag", Drucksache 16/2682: Mit Ja haben gestimmt 56, mit Nein haben gestimmt 90, Stimmenthaltungen 3. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das hatten wir schon! - Weitere Zurufe)

Mir wurde gesagt, es ist noch nicht bekanntgegeben worden.

(Erneute Zurufe)

Sicher ist sicher. Und nun gebe ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dring-

lichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Karl Freller u. a. und Fraktion, betreffend Voraussetzungen für Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag schaffen, Drucksache 16/2692 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 140, mit Nein haben gestimmt 10, Stimmenthaltungen 1. Damit ist der Antrag angenommen. Sollte das jetzt doppelt vorgelesen worden sein, wird das Landtagsamt uns allen ein Weißbier spendieren.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme jetzt zur Abstimmung über den Antrag Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Abstimmungsmodus läuft wie immer. Die Urnen sind aufgestellt. Die Zeit läuft.

(Namentliche Abstimmung von 17.56 bis 17.59 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen. Ich schließe den Abstimmungsvorgang und unterbreche zur Auszählung die Sitzung. Ich werde das Ergebnis danach bekannt geben. Wer das Ergebnis nicht mehr hören will, dem wünsche ich jetzt schon einen schönen Feierabend.

(Unterbrechung der Sitzung: 18.02 Uhr bis 18.04 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung noch einmal auf. Vielleicht können die Saaldiener die Schriftführer machen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es ist ein neuer Rekord bei der Aufzählung aufgestellt worden: unter zwei Minuten. Das bitte ich, im Protokoll zu vermerken.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer u. a. (FDP), Dr. Otto Hünnerkopf u. a. (CSU), betreffend "Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben", Drucksache 16/1628: mit Ja haben 80 gestimmt, mit Nein haben 40 gestimmt. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich wünsche einen schönen Feierabend!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.05 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.11.2009 zu Tagesordnungspunkt 5 Nr. 6: Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer u. a. FDP, der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf u. a. CSU; Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben (Drucksache 16/1628)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette			
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			X
Miller Josef			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian			
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	80	40	9